

SCHWEIZERISCHES AKTIONSKOMITEE
GEGEN DIE IRREFUEHRENDE BAUERN-INITIATIVE

Presseausschuss, Postfach 1161, 3001 Bern; Tel. 031 44'58'94

An die Medien der deutschen
und rätoromanischen Schweiz

Bern, 25. April 1989

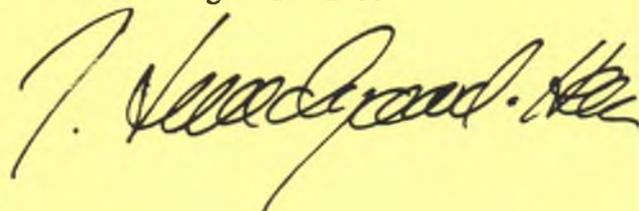
Sehr geehrte Damen und Herren

Die Front der Gegner der Kleinbauern-Initiative hat sich über das vergangene Wochenende verstärkt: sowohl die Liberale Partei wie auch die Schweizerische Volkspartei haben deutlich die Nein-Parole zur Kleinbauern-Initiative beschlossen. Der Grund auf einen einfachen Nenner zusammengefasst: die von den Initianten vorgegebene Zielsetzung wird mit dem Volksbegehren nicht erreicht. SVP-Nationalrat Paul Rutishauser steht zwar hinter dem naturnahen Bauern, ist jedoch ein Gegner der Initiative. Auch in den Augen von Christian Beusch bringt das Volksbegehren keine Lösungen. Und der ehemalige Bundeshausjournalist Hans Wili erkennt in der sogenannten Kleinbauern-Initiative eine falsche Etikette. Wir hoffen, dass die Artikel des heutigen Pressedienstes auf Ihr Interesse stossen.

Mit freundlichen Grüssen

Für den Presseausschuss

Jens Lundsgaard-Hansen



Beilagen: erwähnt

Naturnahes Bauern JA - Kleinbauern-Initiative NEIN!

Von SVP-Nationalrat Paul Rutishauser, Götighofen/TG

Der Titel der Kleinbauern-Initiative ist irreführend. Massgebend für die gesetzliche Ausgestaltung ist der Initiativ-Text und nicht, was die Initianten versprechen. Im Text ist wenig Konkretes zu finden, was auf eine umweltfreundlichere Produktion hinweisen würde. Kleine Betriebe produzieren nicht generell naturnaher als grössere. Kleinbetriebe sind eher auf eine intensivere Bewirtschaftung angewiesen, um das notwendige Einkommen auf einer kleinen Fläche zu erzielen. Eine Ueberbelastung des Bodens mit Dünger kann beispielsweise mit dem neuen Gewässerschutzgesetz besser vermieden werden.

Heutige Massnahmen für naturnahe Landwirtschaft greifen

Die grossen Anstrengungen der Landwirtschaft in bezug auf integrierte Produktionsmethoden beweisen, dass ein Umdenken in Richtung naturnahe Produktion im Gange ist. Heute hat die Pflege der Landschaft und der Schutz der Umwelt einen viel höheren Stellenwert als zur Zeit – kurz nach dem zweiten Weltkrieg –, wo die Ziele unserer Agrarpolitik in der Bundesverfassung umschrieben wurden. Diese neuzeitliche Philosophie der Landwirtschaftspolitik hätten wir gerne in unserer Verfassung gesehen. Leider ist ein von der vorberatenden Kommission des Nationalrates knapp gutgeheissener direkter Gegenvorschlag zur Kleinbauern-Initiative im Parlament abgelehnt worden. Das ist jedoch kein Grund, um der Initiative nun zuzustimmen. Diese Ziele müssen auf dem Gesetzeswege verfolgt werden. Unsere Agrargesetzgebung muss laufend verbessert und verfeinert werden.

Mit dem Tierschutzgesetz, dem kommenden Gewässerschutzgesetz und der Stoffverordnung können unbefriedigende Zustände in der Tierhaltung und in bezug auf die Bodenbelastung eliminiert werden. Mit der Stallbauverordnung und vorgeschriebenen Höchsttierbeständen werden neue Tierfabriken verhindert und bestehende abgebaut. Weitere Massnahmen für eine umweltfreundlichere Landwirtschaft sind in Vorbereitung.

Negative Folgen bei Annahme der Initiative

Die Kleinbauern-Initiative würde die Landwirtschaft in zwei Lager spalten, was der Landwirtschaft im Ganzen bestimmt schaden würde. Diese Ideen sind zum Teil von Neid und Missgunst gegenüber dem Tüchtigen oder den Grösseren geprägt. Eine Gleichschaltung und eine starre Eingrenzung der bäuerlichen Betriebe löst wenig Probleme. Zudem würden mit dieser Initiative vor allem sogenannte Aufstockungsbetriebe, welche sich selber zu helfen suchten und deren Inhaber sich durch Tüchtigkeit ausweisen, bestraft.

Wenn unsere Konsumenten preisgünstige und gesunde Nahrungsmittel einkaufen wollen, welche auf bäuerlichen Familienbetrieben in unserem Land produziert wurden, so ist eine leistungsfähige Landwirtschaft notwendig. Nur eine solche kann unserer Bevölkerung mit der Pflege der Landschaft zu besserer Lebensqualität verhelfen.

Mehr Importe

Als grosses Risiko betrachte ich die mit der Initiative geforderte Aenderung unserer Importregelung. Bei den heutigen weltweiten Liberalisierungstendenzen, wie sie bei den GATT-Verhandlungen zu spüren sind, würden wir leicht mehr verlieren als gewinnen. Beim vorgeschlagenen Leistungssystem kann die Mischrechnung für die Importeure nur aufgehen, wenn der Selbstversorgungsgrad tief gehalten wird. Dieses System existiert bereits bei Eiern und Geflügelimporten. Ausgerechnet dort kämpft Herr Schweri gegen eine minime Erhöhung des Selbstversorgungsgrades! Wenn man sieht, wieviel Geld die Firma Denner für diese Initiative und den Abstimmungskampf einsetzt, sollte jedermann merken, worum es geht. Nebst den Bauern würde auch der private Lebensmittelhandel benachteiligt, indem die Machtstellung der Grossverteiler noch zunehmen würde. Darum am 4. Juni ein NEIN zur Kleinbauern-Initiative!

FALSCH E ETIKETTE

Am 4. Juni haben wir über die sogenannte Kleinbauern-Initiative abzustimmen. Sie will in der Verfassung eine alternative Landwirtschaftspolitik verankern, von der laut den Initianten Kleinbauernvereinigung und Grossverteiler Denner die Kleinlandwirte mehr als bisher profitieren würden. Laut Initiative wird dies erreicht durch die vom Volksbegehren empfohlenen Vorkehren "für ein naturnahes Bauern und gegen Tierfabriken". Zwei Ziele, die man auf Anhieb zu unterstützen geneigt ist.

Auf Anhieb! Bei näherem Zusehen muss man aber ernüchert feststellen, dass die Initiative den hohen Ansprüchen ihres Namens nicht gerecht wird. Die Etikette der Initiative und ihr Inhalt stimmen nicht überein, das angestrebte Ziel würde durch die empfohlenen Massnahmen mit Bestimmtheit nicht erreicht. Das erhellt aus folgenden Feststellungen:

+ Die vom Volksbegehren erstrebte Art des "naturnahen Bauerns" könnte mit den vorgeschlagenen Massnahmen nicht garantiert werden, im Gegenteil: Das angestrebte Ziel würde verfehlt, weil durch die empfohlene neue Agrarpolitik zahlreiche Kleinbetriebe in grosse Schwierigkeiten kämen und so zur naturfremden Intensivproduktion gezwungen würden, falls sie überleben wollen. Die Folge wäre also nicht ein "naturnäheres Bauern", die Folge wäre vielmehr eine zusätzliche Umweltbelastung durch die Landwirtschaft.

+ Kleinbauernfreundlich ist die Initiative keinesfalls für jene weit über 10'000 Kleinbauernbetriebe im Berggebiet, die nur mit Hilfe "fremder" Arbeitshilfen und/oder Zusatzfutter einigermaßen selbsterhaltend bewirtschaftet werden können. Sollen sie nach einer Annahme der Initiative zusammenpacken oder eine Anstellung bei Denner suchen?

+ Gegenüber den auf eine fremde Hilfe angewiesenen Kleinbetrieben, die nicht mehr als "bäuerlich" gelten würden, wären grosse Landwirtschaftsbetriebe massiv bevorteilt, sofern sie genügend familieneigene Arbeitskräfte zur Verfügung hätten. Ist das kleinbauernfreundlich?

+ Das von Denner in die Initiative eingeschmuggelte "Leistungssystem" bei der Einfuhrregelung bevorteilt nicht die Kleinen unter den Landwirten, sondern Denner und die anderen Grossverteiler. Und zwar ohne dass damit den (Klein-)Bauern kostendeckende Preise und damit der verheissene Schutz garantiert würden. Dieser zweite Teil des Volksbegehrens würde also eher den Titel "Denner-Initiative" als "Kleinbauern-Initiative" rechtfertigen.

+ Kleinen Bauern käme die Aufblähung des Beamtenapparates, der zur Durchsetzung der empfohlenen Einfuhrpolitik nötig würde, sicher noch ungelegener als den "Grossen", ganz abgesehen davon, dass das von der Initiative vorgesehene "Leistungssystem" unseren gesamten Aussenhandel in Schwierigkeiten bringen könnte, was weder im Interesse der Produzenten noch der Konsumenten liegen kann.

+ Was schliesslich die Tierfabriken betrifft, rennt die Initiative offene Türen ein, da die Zurückdämmung dieser Tierhaltung durch die bestehende Landwirtschafts-Gesetzgebung und ein griffiges Tierschutzgesetz möglich und bereits eingeleitet oder verwirklicht ist.

Alles in Allem trägt also die Initiative eine falche Etiketete. Sie ist zum Schutz der Kleinbauern weder nötig noch geeignet und verdient, weil irreführend, an der Urne ein deutliches Nein.

Hans Wili

Bringt Lösung nicht

Agrarprobleme und Kleinbauern-Initiative

Dass in der helvetischen Landwirtschaftspolitik nicht alles "rund" läuft, wird kaum von jemandem bestritten. Auch der Bundesrat stellt in seiner Botschaft an die eidgenössischen Räte zur Kleinbauern-Initiative, die am 4. Juni zur Abstimmung gelangt, fest, dass "wir verschiedene Anliegen der Initianten zumindest teilweise für gerechtfertigt halten". Allerdings bringt auch die Kleinbauern-Initiative die Lösung nicht.

Die durch die Initiative vorgeschriebene Beschränkung des Agrarschutzes auf bäuerliche Betriebe und die dadurch nötig werdende Abgrenzung der bäuerlichen von den anderen Betrieben wäre nach Ansicht des Bundesrates nur mit beträchtlichen Schwierigkeiten verbunden und mit hohem administrativem Aufwand zu bewältigen. Zudem würden von einer solchen Massnahme die Betriebe sehr unterschiedlich profitieren oder belastet.

Vom Agrarschutz ausgeschlossen?

So würden vorab viele kleinflächige Betriebe, weil sie die von der Initiative vorgeschriebenen Mindestwerte bezüglich der eigenen Futterbasis nicht erreichen, vom Agrarschutz ausgeschlossen werden. Die Realisierung der Initiative hätte im weiteren zur Folge, dass etwa 1200 landwirtschaftliche Betriebe, die von Verwaltern bewirtschaftet werden, des staatlichen Agrarschutzes verlustig gingen. Weitere 2000 bis 2500 Betriebe würden wegfallen, weil sie nicht vorwiegend mit familieneigenen Arbeitskräften bewirtschaftet werden, sondern mit Angestellten.

"Bergbauernfeindlich"

Die geforderte Neuordnung im Importbereich für Agrarprodukte hätte Konsequenzen weit darüberhinaus. So bemerkt der Bundes-

rat dazu in seiner Botschaft, dass bei einer Aenderung des Einfuhrschutzes im Sinne der Initiative "unsere völkerrechtlichen Grundlagen insbesondere unser Agrarstatut im GATT, neu ausgehandelt werden müsste. Unsere Handelspartner dürften dabei weitreichende Kompensationsforderungen sowohl auf der Import- wie auch auf der Exportseite an uns stellen, die aufgrund der heutigen Produktionsstruktur in unserer Landwirtschaft nur sehr schwer zu erfüllen wären."

Aber auch eine Landwirtschaftskategorie, die sich von der Kleinbauern-Initiative eigentlich angesprochen fühlen müsste, steht dem Volksbegehren ablehnend gegenüber: Die Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete (SAB) bezeichnete es als "bergbauernfeindlich".

Kontraproduktiv

Fazit nach Ansicht von Bundesrat und Mehrheit der eidgenössischen Räte: Die Initiative rennt zum Teil offene Türen ein, wirkt sich zum Teil kontraproduktiv auf die anvisierten Klein- und Mittelbetriebe aus und löst die unbestreitbar vorhandenen Probleme in der schweizerischen Agrarpolitik nicht. Deshalb beantragte der Bundesrat den eidgenössischen Räten Ablehnung der Kleinbauern-Initiative. Der Nationalrat folgte dieser Empfehlung mit 103 zu 45 Stimmen, der Ständerat mit 35 zu 4. Trotz dieser deutlichen Absage zogen die Initianten ihr Volksbegehren nicht zurück, weshalb es nun am kommenden 4. Juni Volk und Ständen unterbreitet wird.

Christian Beusch